

Aktuell verwehren die Dublin-Abkommen den Flüchtenden, in einem Staat ihrer Wahl Asyl zu beantragen, das muss sich ändern.

Maßgeblich verantwortlich für die Fluchtursachen sind Konzerne aus dem globalen Norden, und unsere Regierungen unterstützen sie durch ihre Politik der ungerechten Wirtschaftsverträge.

Die westlichen Staaten sind wesentliche Fluchtverursacher, Kolonialismus, Kriege, Besatzung und äußere Einmischung haben Millionen Menschen in die Flucht getrieben.

#### Und wir?

**Demonstrieren wir am Ostersonntag, 20. April für eine Politik der Gerechtigkeit, des Friedens und der Erhaltung der Lebensgrundlagen weltweit.**



## Es rufen auf:



Friedensbüro Hannover

und



Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Hannover

#### Unterstützt von:

- Arbeitskreis „Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung der ev. Kirchen in Niedersachsen“
- attac Hannover
- aufstehen Hannover
- DEMOKRATIE IN BEWEGUNG Landesverband Niedersachsen
- DIDF Hannover
- Die Linke.Region Hannover
- Die Linke.SDS
- DKP Kreisvereinigung Hannover
- Friedenskreis St. Jakobi
- Hiroshima-Bündnis
- Initiative „Kein Militär mehr“
- IPPNW Studi-Gruppe Hannover
- NAV-DEM Hannover
- Palästina-Initiative
- Ronahi kurd. Frauenrat
- SDAJ Hannover
- solid
- Stadtjugendring Hannover
- ver.di Ortsverein Hannover
- VVN/BdA Hannover

# Ostermarsch 2019



**Europa:  
Frieden wagen –  
für eine gerechte Welt**

**Ostersamstag, 20. April 2019**

10:30 Uhr – Kröpcke

Start

11:00 Uhr – Aegidienkirche

Auftaktkundgebung, anschließend

Demonstration

12:00 Uhr – Steintor

Kundgebung und Infomarkt

Musik - Information - Sketche

# Europa muss den Frieden wagen!

Die Menschen in Europa – also Sie und wir – stehen vor wichtigen Entscheidungen: Wollen wir den wachsenden Tendenzen hin zu Militarisierung in Deutschland, Europa und der Welt folgen, oder wollen wir eine konsequente Politik des Friedens?

## Wir fordern Friedenspolitik durch Abrüstung und De-Eskalation

- » Die Regierungen müssen sich von dem NATO-Ziel distanzieren, bis 2024 die Militärausgaben auf 2% des BIP zu erhöhen. Keine Aufstockung des deutschen Militäretats von 42 Mrd. (das sind 12 % des Bundesetats) auf fast das Doppelte! Wir wollen Abrüstung und den Einsatz der Gelder für mehr soziale Gerechtigkeit und zivile Konfliktbearbeitung.
- » Verträge, die das Wettrüsten begrenzen, wie der INF-Vertrag, dürfen nicht gekündigt werden.



- » Eine weltweite atomare Abrüstung muss begonnen werden. Die US-Atomwaffen sollen aus Büchel (RLP) abgezogen werden.
- » Wir wollen keinen neuen kalten Krieg und keine Großmanöver. Wir fordern einen Abzug der NATO-Truppen und der Bundeswehr aus osteuropäischen Ländern. Wie wollen ein gemeinsames System der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und in der Welt. Dies schließt Russland ausdrücklich mit ein.
- » Stoppt die Rüstungsexporte, insbesondere die Rüstungsexporte in Krisengebiete und in kriegführende Staaten wie Saudi-Arabien und die Türkei.
- » Wir fordern die Beendigung der Rüstungsproduktion und wollen die Umstellung der Waffenproduktion auf zivile Produktion, auch bei Rheinmetall in der Lüneburger Heide.
- » Wir lehnen die militärische Einmischung Deutschlands und Europas in aller Welt ab. Beendet alle Auslandseinsätze, z. B. in Afghanistan, Mali oder Syrien.

- Grenzen öffnen für Menschen!
- Grenzen schließen für Waffen!
- Fluchtursachen bekämpfen!

Menschen fliehen vor Kriegen, vor Gewalt und vor Ausbeutung. Sie fliehen auch, weil die Klimaveränderungen ihnen zusätzlich die Existenzgrundlagen nehmen.

Die meisten Geflüchteten leben unter unmenschlichen Bedingungen in Flüchtlingslagern im eigenen Staat oder in Nachbarstaaten. Die Regierungen der EU versuchen, durch Maßnahmen auf der Fluchtroute die Flüchtenden aufzuhalten.

Und wer Flüchtenden hilft, wird kriminalisiert – Hilfsschiffe werden stillgelegt. Aber die Rettung von Menschenleben aus Seenot ist kein Verbrechen/Vergehen [nicht ausdiskutiert] sondern eine menschliche Pflicht und eine Verpflichtung für Staaten gemäß dem Internationalen Übereinkommen zur Seenotrettung von 1979.

